

hinschauen **nachdenken** **mitmachen**

Kreisjugendring Herzogtum Lauenburg e.V.

Situations- und Ressourcenanalyse für den Kreis Herzogtum Lauenburg



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“
des Bundesministeriums für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Der Kreis Herzogtum Lauenburg.....	3
2.1. Demographische Daten	4
2.2. Arbeitslosenzahlen	6
2.3. Wahlergebnisse der letzten Kommunalwahlen.....	7
2.4. Überblick über extremistische Straf- und Gewalttaten	8
2.5. Verfassungsschutzbericht.....	9
3. Situation vor Ort.....	10
3.1. Ratzeburg	10
3.2. Mölln	12
3.3. Schwarzenbek	16
3.4. Lauenburg	17
3.5. Geesthacht.....	19
3.6. Wentorf bei Hamburg	20
3.7. Amt Berkenthin.....	22
3.8. Amt Sandesneben-Nusse.....	22
3.9. Amt Lauenburgische Seen	22
3.10 Amt Breitenfelde.....	23
3.11. Amt Schwarzenbek Land	23
3.12. Amt Hohe Elbgeest	24
3.13. Amt Büchen	24
3.14. Amt Lütau	24
4. Konzepte und Maßnahmen	25
4.1. Angebote im Nordkreis.....	25
4.1.1. Migrationssozialberatung.....	25
4.1.2. Jugendmigrationsdienst.....	26
4.2. Angebote im Südkreis.....	27
4.2.1. Migrationssozialberatung.....	27
4.3. Kreisweite Angebote.....	28
4.3.1. Straßensozialarbeit im Kreis Herzogtum Lauenburg.....	28
4.3.2. Kindertagesstätten	29
4.4. Jugendverbände.....	29
4.5. Politische Jugendorganisationen	31
4.6. Netzwerke	32
5. Auswertung	32
6. Handlungsfelder / Projektideen.....	34
Quellenverzeichnis:.....	36
Impressum:.....	36

1. Einleitung

Für den Lokalen Aktionsplan im Rahmen des Bundesprogramms „VUŠÒÜÖPZÁS ÜÖÖÜP . ÁSUT ÚÖVÖPZÁV†ÜSÖP“ hat der Kreisjugendring vom Kreis den Auftrag, eine Situations- und Ressourcenanalyse zu erstellen. Die Themenfelder Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Integration von Migranten sollen besonders beleuchtet werden, wobei der Kinder- und Jugendbereich einen Schwerpunkt bilden wird.

Zur Erfassung der Situationslage im Kreis Herzogtum Lauenburg wurden Befragungen und Interviews mit möglichst zentralen Akteuren in den genannten Themenfeldern durchgeführt. Dabei standen regionale Aspekte stets im Mittelpunkt.

Darüber hinaus wurden Kulturvereine und Betroffene von Diskriminierungen in die Befragungen mit einbezogen. Auch Jugendliche wurden nach ihren Bedürfnissen und Wünschen zum Thema interviewt.

Des Weiteren wurden Fragebögen an ca. 700 Personen verschickt, die erste Informationen über bestimmte Problemlagen im Kreis Herzogtum Lauenburg geben sollten. Wie bereits im Vorfeld befürchtet, war der Rücklauf der Fragebögen äußerst gering (knapp 5 %). Auch der Informationsgehalt war nicht sehr ergiebig, nur wenige Fragebögen enthielten Informationen, die für eine weitere Bearbeitung nutzbar waren.

So konnte ein umfangreiches Bild über die Situation im Kreis gewonnen werden. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird jedoch nicht erhoben, da es vermutlich noch andere Aktivitäten im Kreisgebiet gibt, die hier nicht beleuchtet werden können.

Da diese Analyse in nur drei Monate erstellt werden musste, ist sie sicherlich zunächst nur ein Einstieg und könnte im Rahmen des weiteren Verlaufs des Bundesprogrammes auch fortgeschrieben werden.

2. Der Kreis Herzogtum Lauenburg

Der Kreis Herzogtum Lauenburg ist einer von elf Kreisen in Schleswig-Holstein. Er liegt im Südosten des Landes Schleswig-Holstein, hat eine Fläche von 1.263 km² und erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Lübeck bis zur Elbe in einer Länge von 45 km und in West-Ost-Richtung von 35 km. Im Osten grenzt er in einer Länge von rund 86 Kilometern an das Land Mecklenburg-Vorpommern, im Norden wird er von der Hansestadt Lübeck, im Westen vom Kreis Stormarn, der Hansestadt Hamburg und im Süden von der Elbe als Grenze zu Niedersachsen begrenzt.

2.1. Demographische Daten

Zurzeit leben im Kreis Herzogtum Lauenburg knapp 187.000 Einwohner. Sie verteilen sich auf die Städte Geesthacht, Lauenburg/Elbe, Mölln, Ratzeburg und Schwarzenbek, die Gemeinde Wentorf bei Hamburg sowie auf 126 amtsangehörige Gemeinden. Knapp 48.000 Kinder und Jugendliche bis zu einem Alter von 25 Jahren leben im Kreisgebiet.

Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen am 31.12.2009 nach Alters- und Geburtsjahren				
– Personen insgesamt –				
Herzogtum Lauenburg				
Alter von ... bis unter ... Jahren	Geburts-jahr	Bevölkerung		
		insgesamt	männlich	weiblich
Unter 1	2009	1.413	728	685
1 - 2	2008	1.551	795	756
2 - 3	2007	1.605	821	784
3 - 4	2006	1.617	826	791
4 - 5	2005	1.744	899	845
Zusammen		7.930	4.069	3.861
5 - 6	2004	1.805	929	876
6 - 7	2003	1.806	914	892
7 - 8	2002	1.865	952	913
8 - 9	2001	2.002	1.062	940
9 - 10	2000	1.992	1.017	975
Zusammen		9.470	4.874	4.596
10 - 11	1999	2.168	1.100	1.068
11 - 12	1998	2.026	1.040	986
12 - 13	1997	2.225	1.181	1.044
13 - 14	1996	2.130	1.083	1.047
14 - 15	1995	2.034	1.051	983
Zusammen		10.583	5.455	5.128
15 - 16	1994	2.035	1.051	984
16 - 17	1993	2.161	1.115	1.046
17 - 18	1992	2.174	1.125	1.049
18 - 19	1991	2.170	1.126	1.044
19 - 20	1990	2.216	1.123	1.093
Zusammen		10.756	5.540	5.216
20 - 21	1989	2.061	1.060	1.001
21 - 22	1988	1.947	1.054	893
22 - 23	1987	1.789	933	856
23 - 24	1986	1.758	897	861
24 - 25	1985	1.555	811	744
Zusammen		9.110	4.755	4.355
Gesamt		47.849	24.693	23.156

Quelle: <http://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/statistische-berichte/bevoelkerung-und-gebiet/>: Die Bevölkerung in Hamburg und Schleswig-Holstein 2009 nach Alter und Geschlecht (1.9.2010)

Bevölkerungsvorausberechnungen besagen, dass gegenüber dem Basisjahr 2006 im Vorausberechnungsjahr 2025 die Bevölkerung im Kreis Herzogtum Lauenburg insgesamt

stagniert (in Schleswig-Holstein insgesamt wird mit einem Bevölkerungsrückgang von 2% gerechnet).

Hierbei ist in der für die Jugendarbeit relevanten Alterstruktur der 0-21 jährigen mit einem Rückgang bis 24% zu rechnen, während bei den 60-65 jährigen ein Zuwachs von 60% zu verzeichnen sein wird. In realen Zahlen heißt dies:

2006 lebten 42.533 Menschen zwischen 0 und 21 Jahren im Kreis.

2025 werden 32.910 Menschen zwischen 0 und 21 Jahren im Kreisgebiet leben.

Insgesamt 12,1% der Schleswig-Holsteinischen Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund, hiervon haben 55% die deutsche Staatsangehörigkeit.

Das Durchschnittsalter in Schleswig-Holstein ist bei Personen mit Migrationshintergrund (33,2 Jahre) signifikant niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund (43,6 Jahre).

4,2 % der im Kreis Herzogtum lebenden Personen sind Ausländer, in absoluten Zahlen sind es 7854 Personen. Darunter sind:

2428 aus EU Staaten

2759 aus der Türkei

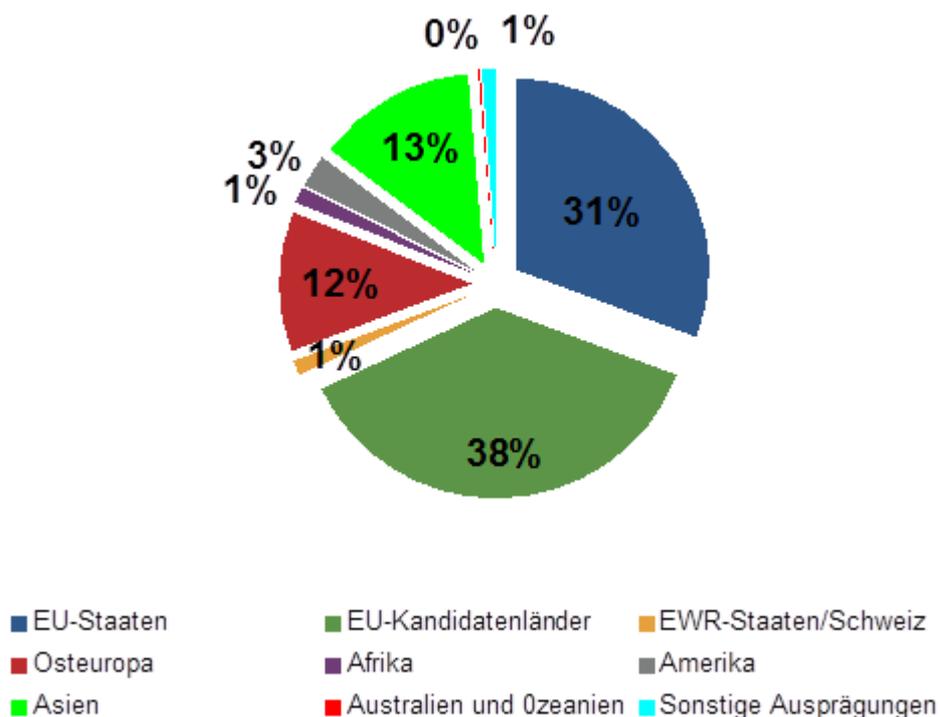
946 aus osteuropäischen Staaten

99 aus Afrika

211 aus Amerika und

1058 aus Asien

Ausländer nach Herkunftsregion



(Quelle: <http://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/statistische-berichte/bevoelkerung-und-gebiet/?type=tkmtdooqrngwz>)

Unterschiede gibt es im Bereich der formalen Bildungsabschlüsse: keinen Schulabschluss bei 8% der Personen mit Migrationshintergrund (2% der Personen ohne Migrationshintergrund) und keine Ausbildung mit Abschluss bei 32% der Personen mit Migrationshintergrund (19% der Personen ohne Migrationshintergrund). Hieraus lässt sich bereits erkennen, dass es erhebliche Unterschiede in den Bildungschancen gibt.

2.2. Arbeitslosenzahlen

Von Arbeitslosigkeit waren im Herzogtum Lauenburg im Oktober 2010 insgesamt 5627 Menschen betroffen, davon 1732 im Rechtskreis SGB III und 3895 im Rechtskreis SGB II. Die Arbeitslosenquote, berechnet auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Berichtsmonat (10/2010) auf 5,8%.

Differenzierung der Arbeitslosigkeit nach Alter und Geschlecht

Arbeitslose	Insgesamt			SGB III			SGB II		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Bestand									
15 bis unter 25 Jahren	690	408	282	279	186	93	411	222	189
25 bis unter 55 Jahren	4.118	2.078	2.040	982	479	503	3.136	1.599	1.537
55 bis unter 65 Jahren	819	435	384	471	241	230	348	194	154
Insgesamt	5.627	2.921	2.706	1.732	906	826	3.895	2.015	1.880
Anteile in Prozent									
15 bis unter 25 Jahren	12,3	14,0	10,4	16,1	20,5	11,3	10,6	11,0	10,1
25 bis unter 55 Jahren	73,2	71,1	75,4	56,7	52,9	60,9	80,5	79,4	81,8
55 bis unter 65 Jahren	14,6	14,9	14,2	27,2	26,6	27,8	8,9	9,6	8,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Arbeitslosenquoten ¹⁾ in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen									
15 bis unter 25 Jahren	6,5	7,4	5,6	2,6	3,4	1,9	3,9	4,0	3,8
55 bis unter 65 Jahren	5,8	5,5	6,1	3,3	3,1	3,6	2,4	2,5	2,4
Insgesamt	5,8	5,7	5,9	1,8	1,8	1,8	4,0	3,9	4,1
Datenstand: Oktober 2010/datenzentrum/am							© Statistik der Bundesagentur für Arbeit		

¹⁾ Die Differenzierung nach Rechtskreisen basiert auf anteiligen Quoten der Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen, d.h. die Basis ist jeweils gleich und

in der Summe ergibt sich die Arbeitslosenquote insgesamt. Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und nach regionaler Gliederung, Region Herzogtum Lauenburg, Oktober 2010

Die Arbeitslosenquote bei männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist leicht höher, als die bei anderen Gruppen.

2.3. Wahlergebnisse der letzten Kommunalwahlen

Bei den letzten Kommunalwahlen am 25.5.2008 haben sich 52,7 % der wahlberechtigten Bevölkerung an der Wahl beteiligt. 2003 waren es noch 56,7 % und 1998 haben sich 65,4 % der Bevölkerung an den Wahlen beteiligt. Damit kann aufgezeigt werden, dass das Interesse für die Kommunalpolitik stark rückläufig ist, bzw. dass sich die allgemeine Politik- bzw. Politikerverdrossenheit klar auf die Wahlbeteiligung auswirkt, denn auch bei den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen ist die Wahlbeteiligung stetig und zum Teil sogar dramatisch zurückgegangen.

Die Ergebnisse der letzten drei Kommunalwahlen sahen im Kreis Herzogtum Lauenburg wie in folgender Tabelle dargestellt so aus:

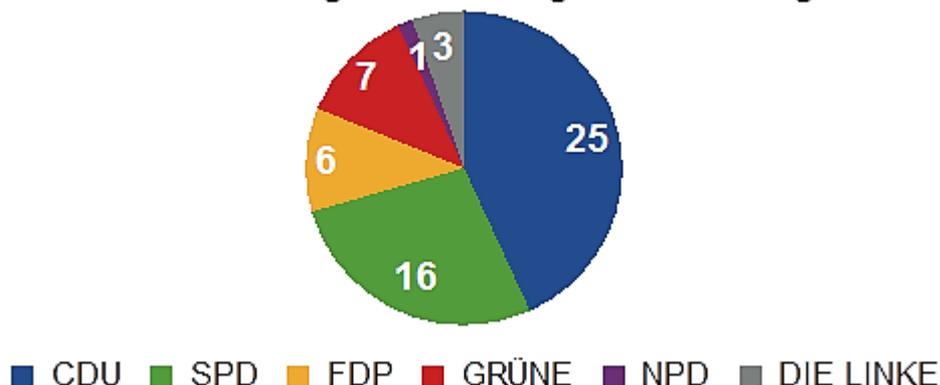
	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	NPD	DIE LINKE	Sonstige
Kreiswahl 2008	153.276	80.732	32.381 41,0% (-10,7)	22.055 28,0% (-1,4)	8.118 10,3% (+3,7)	9.650 12,2% (+3,7)	1.670 2,1% (+2,1)	5.015 6,4% (+6,4)	0 0,0% (-3,8)
Kreiswahl 2003	147.308	83.449	42.450 51,7%	24.173 29,4%	5.392 6,6%	6.946 8,5%	---	---	3.128 3,8%
Kreiswahl 1998	139.461	91.143	36.686 40,3 %	39.551 43,4 %	6.191 6,8 %	6.693 7,3%	---	---	

(Quelle: <http://www.herzogtum-lauenburg.de/>)

Dabei lässt sich feststellen, dass sich das in Deutschland seit den 80er Jahren übliche vier Parteien-System um weitere Parteien ergänzt hat. Sowohl die Linke als auch die NPD (diese jedoch nur durch den Wegfall der 5 % Hürde) sind seit der letzten Kommunalwahl im Kreistag des Herzogtum Lauenburg vertreten.

Ob man daraus bereits einen Trend zu extremistischeren Tendenzen ableiten kann oder ob es eine Momentaufnahme der Situation zurzeit der letzten Wahl darstellt, lässt sich an dieser Stelle nicht klären.

Sitzverteilung im Lauenburgischen Kreistag



2.4. Überblick über extremistische Straf- und Gewalttaten

Die Kriminalitätsstatistik für ganz Schleswig-Holstein zeigt einen leichten Anstieg der Kriminalität, wobei die Gewalttaten von Links- und Rechtsextremisten auf einem ähnlich hohen Niveau liegen.

Linksextremistische Kriminalität

	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt	272	118	236	247	311
davon Gewalt	87	41	38	43	67

Rechtsextremistische Kriminalität

	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt	338	510	440	756*	768*
davon Gewalt	55	65	59	46	60

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt	5	13	14	14	11
davon Gewalt	0	2	1	2	2

*Die hohe Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten seit 2008 liegt an einer zwischen Bund und Ländern vereinbarten neuen Zählweise bei der Erfassung rechtsextremistischer Straftaten. Danach gehen Propaganda-Delikte wie das Schmieren von Hakenkreuzen oder SS-Runen automatisch als politisch motivierte Kriminalität von rechts in die Statistik ein. Vorher wurden diese Delikte erst als politisch motivierte Taten erfasst, wenn der Hintergrund oder die Täter als eindeutig rechtsextrem identifiziert werden konnten. Für die sicherheitspolitische Beurteilung des politischen Extremismus sind jedoch in erster Linie die Gewalttaten entscheidend.

(Quelle: Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Mai 2010)

Die für den Kreis Herzogtum Lauenburg vorliegende Statistik über extremistische Kriminalität in den Jahren 2007-2009 zeigt einen erheblichen Anstieg der Zahlen.

Kreis Herzogtum Lauenburg	politisch motivierte Kriminalität rechts			politisch motivierte Kriminalität links		
	PMK	PMK Gewalt	Gesamt	PMK	PMK Gewalt	Gesamt
2007	19	3	22	6	2	8
2008	35	2	37	15	1	16
2009	41	1	42	27	3	30

Quelle: Landeskriminalamt Kiel, Abteilung 3, SG 311, 19.5.2010

Bei dem Gespräch mit dem Präventionsbeauftragten der Polizeidirektion in Ratzeburg wurde deutlich, dass das Schwerpunktgebiet für rechtsextremistische Kriminalität innerhalb des Kreises Herzogtum Lauenburg eindeutig Ratzeburg ist.

Nach der Lageeinschätzung des Landeskriminalamtes geht die überwiegende Mehrzahl der fremdenfeindlichen und nationalistischen Aktivitäten im Bereich Ratzeburg von der „Nationalen Offensive Herzogtum Lauenburg“ aus, zu der 8-10 Personen gerechnet werden können. Der größte Anteil der Straftaten zeichnet sich dabei durch die Verwendung von verfassungsfeindlichen Symbolen aus.

Bei den linksextremistischen Straftaten traten vor allem Sachbeschädigungen auf.

2.5. Verfassungsschutzbericht

Der Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein für das Jahr 2009 hat nur einen kurzen Abriss über rechtsextremistische Aktivitäten im Kreis Herzogtum Lauenburg, der hier zitiert wird: „Die Aktivitäten einer in Ratzeburg (Kreis Herzogtum Lauenburg) tätigen Gruppe von Neonazis, die entweder als „Nationale Sozialisten Lauenburg“ (NASO-LB), „Nationale Offensive Lauenburg“ (NOL) oder „Nationale Sozialisten Ratzeburg“ (NASO Ratzeburg) auftritt, haben in der Region öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Die provokativen Absichten der Verantwortlichen werden unter anderem daran deutlich, dass sie sich selbst als „NS-Anlaufstelle in Ratzeburg“ bezeichnen.

Die Ratzeburger Neonazis unterhalten umfangreiche Kontakte zu Gleichgesinnten. So veranstaltete die NOL am 4. Juli zusammen mit Neonazis aus Mecklenburg-Vorpommern einen Informationsstand in Ratzeburg, in dessen Verlauf es zu einem Handgemenge mit Körperverletzungen zwischen „Linken“ und „Rechten“ kam.

Eine so genannte Outing-Kampagne linksextremistischer Kräfte gegen zwei führende Rechtsextremisten aus der Region sowie eine „Gedenk-Demonstration“ der „Antifa Herzogtum Lauenburg“ aus Anlass der Brandanschläge vom 23. November 1992 in Mölln nahm die NASO-LB zum Anlass, Flugblätter in Mölln und Ratzeburg zu verteilen. In ihren Einlassungen warfen sie „ewig gestrigen Linken“ vor, den Trauermarsch für eigene Zwecke auszunutzen und gegen „Deutsche zu missbrauchen“: „Wir hingegen gedenken der wirklichen Opfern von damals, der Angeklagten, weil wir die Wahrheit wissen ...“ (Zitat aus: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Verfassungsschutzbericht 2009)

Die oben genannte NS-Anlaufstelle in Ratzeburg in der Schmiedestraße 4 gibt es nach Angaben auf der Internetseite der Nationalen Offensive nicht mehr. An ihre Stelle ist ein neuer Treffpunkt in der Langenbrücker Straße 17 getreten, in dem mehrere bekennende Rechtsextremisten wohnen.

3. Situation vor Ort

Um die aktuelle Situation in Bezug auf die relevanten Themen zu erfassen wird hier ein regionaler Bezug hergestellt, indem die Städte und die Ämter einzeln betrachtet werden. Dafür wurden bekannte lokale Akteure aus den Städten und den Ämtern des Kreises Herzogtum Lauenburg befragt. Diese Interviews fanden mit einem oder mehreren InterviewpartnerInnen statt, die sich auf lokaler Ebene durch ihre Aktivitäten auf haupt- oder ehrenamtlicher Basis mit den Problemlagen der Region befasst haben. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die beschriebene Situation umfassend dargestellt ist, da es unwahrscheinlich erscheint, dass alle vorhandenen Aktivitäten den Interviewpartnern bekannt waren. Es zeigte sich jedoch bei den meisten Interviews, dass eine gute allgemeine Sicht der Situation vor Ort vorhanden war. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass in den jeweiligen Orten auch noch andere Aktivitäten und Probleme auftreten, von denen die Interviewpartner keine Kenntnis hatten.

Im Folgenden wird zunächst die aktuelle örtliche Situation bezüglich (rechts-)extremistischer, rassistischer, ausländerfeindlicher oder antisemitischer Aktivitäten beschrieben. Anschließend werden Aktivitäten dargestellt, die unterschiedliche Akteure vor Ort ergriffen haben um die örtliche Situation zu verändern und positive Akzente zu setzen.

3.1. Ratzeburg

Ratzeburg hat ca. 13.700 EinwohnerInnen, und ist die Kreisstadt mit Sitz der Kreisverwaltung.

Ratzeburg verfügt über eine komplette **Schullandschaft**, deren Einzugsgebiet auch die umliegenden Dörfer erfasst.

Die Grundschule hat zwei Standorte, am St. Georgsberg und in der Vorstadt. Dort werden gut 700 SchülerInnen beschult.

Die Gemeinschaftsschule ist im Stadtzentrum beheimatet.

Das Gymnasium mit ca. 1000 SchülerInnen ist gerade im Herbst 2010 als Neubau über ein ÖPP Verfahren fertiggestellt worden.

Die Förderschule ist in der Vorstadt gleich neben der Grundschule angesiedelt.

Es besteht das Angebot für alle SchülerInnen der Ratzeburger Schulen das offene Ganztagsangebot bis 16.00 Uhr zu nutzen.

Wie bereits in Kapitel 2.5 erwähnt, ist die Situation in Ratzeburg in Bezug auf Rechtsextremismus zurzeit im Kreisgebiet am deutlichsten sichtbar. Mit dem „NS-Haus“ in der Langenbrücker Straße 17 hat die **rechte Szene** in Ratzeburg ganz offen ihre nazistischen Tendenzen zur Schau getragen. Aktuell hat es jedoch, nach Angaben von Beobachtern der Szene, zwischen den Bewohnern des Hauses in der Langenbrücker Straße Streitereien gegeben, was zum Auszug eines führenden Kopfes der Ratzeburger rechten Szene geführt hat. Damit könnte es in Zukunft zu einer Schwächung der organisierten rechten Szene in Ratzeburg kommen.

Immer wieder hat es in der Vergangenheit auch gewalttätige Übergriffe gegeben, davon berichtet sowohl die Polizei als auch die Internetseite der AntifaschistInnen.

Quelle: (<http://www.ahl-antifa.org/>).

Nicht zu übersehen sind im Stadtbild von Ratzeburg Aufkleber mit nazistischen Parolen an vielen Laternenpfählen oder anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Internetpräsenz ist auf der Seite <http://www.naso-lb.de/> einzusehen. Sie enthält Berichte über die Aktivitäten und zeigt sehr deutlich auch die Verbindung zur NPD im Kreis Herzogtum Lauenburg. Der Marktplatz in Ratzeburg ist im Januar 2010 von der rechten Szene zur „National befreiten Zone“ erklärt worden.

Analog zur rechten Szene gibt es in Ratzeburg auch eine **linke Szene**, die gut organisiert ist. Vereinzelt macht sie Aktionen auf dem Marktplatz, schrickt aber, laut eigener Homepage, auch vor gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht zurück.

Wie auf der Internetseite (<http://www.ahl-antifa.org/>) zu sehen ist, beobachten sie die Aktivitäten der rechten Szene sehr genau. Ende November 2010 hat es eine angemeldete Demonstration unter dem Motto „Kein Frieden mit Staat, Nation und ihren Nazis! Nazihaus dichtmachen!“ in Ratzeburg gegeben. Die ca. 200 TeilnehmerInnen haben sich friedlich verhalten, wurden jedoch von einem Großaufgebot der Polizei begleitet. Am Vortag von dieser Demonstration hat es einen Farbbeutelanschlag auf das Haus in der Langenbrücker Straße gegeben.

In Ratzeburg gibt es ein aktives „**Netzwerk gegen Rechts**“, welches bereits einige Wirkung erzielen konnte. Durch verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen hat das Bündnis auf die aktive rechte Szene in Ratzeburg aufmerksam gemacht und dadurch eine Sensibilität zumindest in einigen Teilen der Bevölkerung geschaffen. Das Ratzeburger Netzwerk gegen Rechts ist sehr professionell organisiert, hat seine Geschäftsstelle direkt beim Bürgermeisterbüro angesiedelt und damit einen direkten Draht zum Bürgermeister und den politischen Parteien. Auch die Pröpstin hat sich bei mehreren öffentlichen Auftritten klar zu den Zielen bekannt und damit dem Netzwerk Anerkennung und Aufmerksamkeit zukommen lassen.

Im Netzwerk aktiv sind u. A. der Bürgermeister, die Pröpstin, die politischen Parteien mit ihren Jugendorganisationen, das Diakonische Werk, alle Jugendeinrichtungen, ein Teil der Lehrerschaft, einige lokale Vereine, wie z.B. der Ruderclub und der Jazzclub.

Die Stadt Ratzeburg hat einen **Kriminalpräventiven Rat**, der sich 2004 nach diversen Vorkommnissen mit Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen in der Nähe des Bahnhofes gegründet hat. Ihm gehören die Jugendpflege, die Polizei, der Bürgermeister,

der Bundesgrenzschutz Ratzeburg und Lübeck (wegen Zuständigkeit am Bahnhof), der Arbeitskreis der Schulleiter, der Pastorenkonvent, das Diakonische Werk und der Seniorenbeirat an. Sie veranstalten diverse Informationsabende. Zusätzlich haben sie das Projekt „Schutzburg“ eingerichtet, dem sich bereits 50 Partner angeschlossen haben. Bei diesen können Menschen, die sich bedroht fühlen, Unterschlupf finden bis die Polizei eintrifft. Darüber hinaus ist gerade das Projekt „do the right thing“ in Planung, bei dem positiv auffallende Jugendliche positive Erfahrungen machen sollen, indem sie z.B. durch die Stadt für ihr Verhalten ausgezeichnet werden.

Ratzeburg unterhält ein **Jugendzentrum**, welches im Mai 2010 in der Riemannstraße neu eröffnet wurde. Das Jugendzentrum bietet verschiedene Aktivitäten für Kinder und Jugendliche an. Zurzeit kommen vor allem Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren. Aus der rechten oder linken Szene kommen aber keine Besucher ins Jugendzentrum.

Zusätzlich zum Jugendzentrum in der Riemannstraße gibt es das von der Diakonie getragene „**Gleis 21**“ als Jugendeinrichtung, welches für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene geöffnet ist. Alle Angebote dort sind bewusst interkulturell ausgerichtet. Eine Lenkungsgruppe, in der auch Jugendliche vertreten sind, entscheidet über die inhaltliche Ausrichtung der Angebote.

Bei einem Interview mit der Leiterin, einigen MitarbeiterInnen und 10 jugendlichen Besuchern wurde über Erwartungen, Bedürfnisse und Stolpersteine im Leben der Jugendlichen gesprochen. Dabei wurde deutlich, dass es vor allem an Räumen oder Plätzen fehlt, an denen Jugendliche sich aufhalten, zurückziehen oder verwirklichen können. Es gibt in Ratzeburg zu wenig Plätze, die für Jugendliche geschaffen wurden, an denen sie auch mal laut sein dürfen oder sich sportlich betätigen (z. B. Skaten, Bolzen, etc.) können. Einige Jugendliche wären bereit sich für die Schaffung von solchen Plätzen zu engagieren, bzw. das Gespräch mit dem Bürgermeister zu suchen, um vorhandene Möglichkeiten, wie zum Beispiel an der ehemaligen Realschule, auch im Nachmittagsbereich nutzen zu können.

3.2. Mölln

Mölln hatte am 22.03.2010, gemäß Einwohnermelderegister insgesamt 18.686 EinwohnerInnen. Davon sind 1640 Jugendliche im Alter von 14 – 21 Jahren. 123 Jugendliche sind Migrantinnen/Migranten ohne deutschen Pass. Eingebürgerte MigrantInnen und Jugendliche SpätaussiedlerInnen mit deutscher Staatsangehörigkeit konnten in dieser Erhebung nicht gesondert benannt werden.

Die Möllner **Schullandschaft** ist sehr gebündelt auf dem Möllner Schulberg. Nur die Tanneckgrundschule und die Steinfeldschule sind nicht dort angesiedelt, sondern in der Waldstadt, bzw. auf dem Steinfeld.

Das Möllner Gymnasium beschult ca. 870 SchülerInnen. 1999 hat es auf dem Schulberg einen Neubau erhalten, der 2001 fertiggestellt wurde.

Die Gemeinschaftsschule Mölln ist im Zuge des neuen Schulgesetzes 2009 aus der Hauptschule Schäferkamp, der A.-Paul-Weber-Realschule und der Hauptschule Breitenfelde entstanden und hat somit über 1050 SchülerInnen. Hier ist Anfang November das Theaterprojekt „Mölln nach Mölln“ in Zusammenarbeit mit dem Verein „Miteinander leben“ entstanden, welches sich mit den Brandanschlägen von 1992 auseinandersetzt.

Die Till-Eulenspiegel-Grundschule hat ca. 380 SchülerInnen.

Die Tanneck-Grundschule besuchen 365 SchülerInnen.

Das Astrid-Lindgren- Förderzentrum hat nur noch 40 SchülerInnen in den Klassen 3-9, alle anderen SchülerInnen mit Förderbedarf werden in den Regelschulen integrativ beschult.

Alle Möllner Schulen werden auch von SchülerInnen der umliegenden Gemeinden besucht, und es gibt überall die Möglichkeit am offenen Ganztagsschulangebot teilzunehmen.

Zusätzlich zu den allgemeinbildenden Schulen befindet sich das regionale Berufsbildungszentrum des Kreises in Mölln. Eine Außenstelle befindet sich in Geesthacht.

Alle Schulen des Möllner Schulberges haben sich dem Projekt „**Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage**“ angeschlossen.

Lediglich das Berufsbildungszentrum, die Steinfeld- und die Tanneckschule sind in diesem Projekt bisher nicht vertreten.

Die Aktivitäten in diesem Bereich sind bisher nicht sehr ausgeprägt, es hat sich jedoch am Gymnasium gerade eine Gruppe entwickelt, die eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Integration geplant und durchgeführt hat.

Die Möllner Schulen sind kreisweit die einzigen Schulen, die sich um den Titel „Schule ohne Rassismus“ beworben haben.

Die Stadt Mölln hat durch die Brandanschläge in der Ratzeburger Straße und der Mühlenstraße am 23.11.1992, bei denen drei türkische Mitbürgerinnen zu Tode kamen, eine traurige Berühmtheit erlangt.

Aufgrund der **Brandanschläge** von Mölln wurde vom Jugendamt des Kreises ein Konzept für aufsuchende Jugendarbeit im Kreis Herzogtum Lauenburg erarbeitet, welches dazu führte, dass der erste, bis heute dort tätige, Straßensozialarbeiter 1994 in Mölln mit der Arbeit beginnen konnte. Dieser konnte berichten, dass es heute immer noch eine gefestigte rechte Szene in Mölln gibt. 10 NPD-Kandidaten der letzten Kommunalwahl stammen aus Mölln, allerdings sind die Stimmenanteile für rechte Parteien in Mölln in den letzten 16 Jahren deutlich zurückgegangen.

Die **rechte Szene** nutzt den Bekanntheitsgrad von Mölln häufig als Möglichkeit, um bewusst zu provozieren. Im Februar 2010 wurde ein Fackelzug durch Mölln angemeldet, der zum Gedenken an Horst Wessel stattfinden sollte. Nur durch die Aktivitäten des Möllner Netzwerkes gegen Rechts konnte dieser Fackelzug verhindert werden. Allerdings trafen sich die Rechtsextremisten dann am Möllner Wildpark und hielten dort ihre Veranstaltung ab.

Kurz vor der Auftaktveranstaltung zum Bundesprogramm gab es in der katholischen Heilig Kreuz Kirche in Mölln Hakenkreuz-Schmierereien auf dem dortigen Altar. Der oder die Verursacher konnten bisher nicht ermittelt werden, es liegt jedoch der Verdacht nahe, dass der Täter ein Schüler aus den gegenüberliegenden beruflichen Schulen war.

Eine Aktivistin der Gemeinschaft deutscher Frauen (GDF) wohnt in Mölln und verbreitet regelmäßig über die Internetseite <http://www.g-d-f.de/> Berichte über deren Aktivitäten. Manchmal sind es lediglich Fußballturniere, aber auch über Veranstaltungen zum Gedenken an Karl Dönitz, den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und letztes Staatsoberhaupt des deutschen Reiches, wird dort berichtet.

Insgesamt schätzt der Straßensozialarbeiter, dass ca. 10 Jugendliche rechts orientiert sind, bisher ist aber nur einer von ihnen auch straffällig geworden. Dazu kommt noch eine verhältnismäßig große Gruppe von rechts-offenen Jugendlichen aus der Waldstadt, die sich um eine „Überfremdung“ Sorgen machen.

Das **Netzwerk gegen Rechts**, das sich in Mölln gegründet hatte, konnte keine kontinuierlichen Aktivitäten aufweisen und wurde daher in einen passiven Zustand überführt, kann aber anhand der vorhandenen E-Mail-Liste, bei Bedarf jederzeit wieder aktiviert werden.

Im Gegensatz zum Netzwerk gegen Rechts in Ratzeburg konnte in Mölln nie die direkte Einbindung des Netzwerkes in die Möllner Institutionen erreicht werden. Die Aktiven des Netzwerkes waren meist die gleichen, die auch im Verein „Miteinander leben“ aktiv sind, so dass die Entscheidung getroffen wurde das Netzwerk zunächst ruhen zu lassen.

Der Verein „**Miteinander leben**“ ist sehr gut vernetzt und kann fast die gleichen Funktionen wie ein Netzwerk übernehmen, allerdings sind dort eher die Vereinsmitglieder angesprochen. Es gibt zwar große Überschneidungen der Personenkreise, eine breitere Beteiligung der Gesellschaft wäre jedoch wünschenswert.

Der Verein „Miteinander leben“, der sich nach den Brandanschlägen von Mölln mit dem Ziel gegründet hat das Zusammenleben zwischen Zuwanderern und Einheimischen zu verbessern, konnte sich stets weiterentwickeln und unterschiedlichste Aktivitäten durchführen.

Zunächst standen praktische Dinge wie Hausaufgabenhilfe, Sprachkurse und der Dialog mit den türkischen MitbürgerInnen im Mittelpunkt der Arbeit des Vereins, später wurden dann auch größere Projekte entwickelt. So ist 2002 das Projekt „Open Mind“ entstanden. Dabei geht es um die geschichtliche Aufarbeitung der Vergangenheit, die mit Schülern aus unterschiedlichen Schul- und Klassenstufen umgesetzt wird. Zentraler Gedanke des Projektes ist es, Kinder und Jugendliche mit einem tragischen Geschehen der jüngsten deutschen Geschichte, dem Brandhaus in der Möllner Mühlenstrasse, konkret in Berührung zu bringen, um daraus im Rahmen eines projektorientierten Unterrichts Denk- und Handlungsanstöße in Bezug auf das eigene Empfinden und Verhalten gegenüber den gesellschaftlichen Randgruppen zu geben. Fast 2000 Kinder und Jugendliche aus dem ganzen Kreisgebiet haben das Angebot von 2002-2008 wahrgenommen.

Seit August 2007 gibt es eine Kooperation mit dem Verein „Yad Ruth e.V.“ und die Förderung als Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogrammes „Vielfalt tut gut“. Seitdem heißt das Projekt „Open Mind - Kinder mit dem gelben Stern“ und hat seinen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus gelegt. Zurzeit wird im Rahmen dieses Projektes mit Schülern der Gemeinschaftsschule ein Theaterstück entwickelt, welches sich mit „Mölln nach Mölln“ beschäftigt.

Eine Lehrkraft ist 6 Stunden pro Woche mit dem Projekt befasst. Mittlerweile ist das Projekt auch langfristig gesichert, da es vom Land Schleswig-Holstein regelmäßige Zuschüsse erhält.

Da der Verein ausschließlich ehrenamtlich organisiert ist und die Zahl der aktiven Mitarbeiter auch begrenzt ist, wird schon seit längerer Zeit überlegt, wie man den Verein mit Hauptamtlichkeit auch langfristig absichern kann. Eine Überlegung ist, in Mölln ein Demokratiezentrum einzurichten, wie es sie in den östlichen Bundesländern schon seit einiger Zeit gibt, darüber könnte möglicherweise eine hauptamtliche Besetzung möglich werden.

Das Möllner **Jugendzentrum** liegt auf dem Schulberg, es wird von einem sehr gemischten Publikum besucht. Es besteht eine gute Zusammenarbeit mit der offenen Ganztagschule und dem Möllner Straßensozialarbeiter, mit dem zum Beispiel regelmäßig FunSportnächte durchgeführt werden.

Die **türkische Gemeinde** in Mölln hat einen Moscheeverein, der gut 90 eingetragene Mitglieder hat, die jeweils stellvertretend für ihre Familien sind. Bei dem Interview mit dem Vorstand und einigen Mitgliedern der türkischen Gemeinde stellte sich heraus, dass der muslimische Glaube keineswegs als Integrationshindernis gesehen wird. Vielmehr waren in der ersten und zweiten Zuwanderergeneration vor allem das Sprachproblem und die Ungleichbehandlung mit Deutschen (z.B. die Selbstständigkeit, die vor 20 Jahren für Türken in Deutschland noch nicht möglich war) ein Integrationshindernis. Die kulturelle und religiöse Verwurzelung stellte häufig einen persönlichen Halt dar. In den folgenden Zuwanderergenerationen war es eher umgekehrt. Das sprachliche Problem ist entweder nicht mehr vorhanden oder nicht so stark ausgeprägt, aber die Heimatlosigkeit und die mangelnde kulturelle Identität führen oft zu erheblichen Problemen, die manchmal auch eine Aufspaltung der Familien zur Folge haben.

Die Jugendarbeit ist in der Gemeinde bisher noch nicht sehr stark entwickelt, soll aber in Zukunft ein Schwerpunkt für die Gemeindearbeit werden. Dabei ist sowohl daran gedacht eigene Projekte zu entwickeln als auch die Kooperationen mit anderen Vereinen anzustreben.

Zweimal in der Woche gehen die Kinder zwischen 8-14 Jahren zur Koranschule in die Moschee und einmal in der Woche zum Türkischunterricht in der Schule, bei dem sowohl die Sprache als auch die Kultur und die Religion erlernt werden sollen. Diese Unterrichtsstunden sind freiwillig, werden aber von vielen türkischen Familien als selbstverständlich angesehen. Sowohl der Koranlehrgang als auch der Türkischunterricht werden vom türkischen Staat finanziert.

Diese Unterrichtsstunden sind für die türkischen Schüler eine Belastung, weil sie dafür ihre Freizeit opfern müssen und dadurch nur noch wenig andere Freizeitmöglichkeiten haben. Außerdem ist das wieder eine Zeit, in der sie nur unter sich sind und keine Kontakte zu deutschen Kindern haben.

Dieses Phänomen scheint ein allgemeines, nicht nur auf Mölln zutreffendes, zu sein und könnte beispielsweise abgemildert werden, wenn Türkisch in der Schule als 1. oder 2. Fremdsprache angeboten und anerkannt werden würde und es muslimischen

Religionsunterricht an deutschen Schulen analog dem evangelischen oder katholischen Religionsunterricht gäbe.

3.3. Schwarzenbek

Die Stadt Schwarzenbek hat heute ca. 15.000 EinwohnerInnen und war in den letzten Jahrzehnten eine stark wachsende Stadt. Erst seit 1953 hat Schwarzenbek Stadtrechte, damals mit 6.700 Einwohnern, 14 Jahre vorher war es ein Dorf mit nur 2.200 Einwohnern. Nach dem Krieg sind viele Ausgebombte aus Hamburg und viele Vertriebene aus den Ostgebieten nach Schwarzenbek gekommen.

Durch die Firma Fette, die sich 1952 in Schwarzenbek ansiedelte, gibt es einen großen Arbeitgeber, der viele kleinere Betriebe nach Schwarzenbek lockte, so dass dort 2002 über 4000 Arbeitsplätze in fast 900 Gewerbebetrieben vorhanden waren.

Aktuell hat die Stadt Schwarzenbek gerade einen Vertrag mit einem chinesischen Unternehmer geschlossen, der 50-60 Millionen Euro investieren möchte und 4000 Arbeitsplätze in Schwarzenbek schaffen will, was in der Region sicherlich zu einer Belebung des Arbeitsmarktes führen wird. Bis zu 300 chinesische Familien sollen in diesem Zuge nach Schwarzenbek ziehen. Dies kann zu einer neuen Integrationsaufgabe für die Stadt werden.

Schwarzenbek hat eine vollständige **Schullandschaft**.

Das Gymnasium in Schwarzenbek ist auch, wie in Mölln und Ratzeburg, neu gebaut worden und befindet sich seit 2008 auf der Buschkoppel. Über 1000 SchülerInnen aus Schwarzenbek und Umgebung werden dort unterrichtet, und da das Gymnasium eine Europaschule ist, fühlen sich Lehrer und Schüler dem europäischen Gedanken stets verpflichtet, und er wird dort stark gefördert.

Die Grund- und Regionalschule befindet sich im Stadtteil Nordost. Zurzeit besuchen gut 500 Kinder die Grundschule und knapp 200 die Regionalschule, bzw. die auslaufende Hauptschule.

Weiterhin hat Schwarzenbek noch eine Gemeinschaftsschule, die im ehemaligen Gymnasium sehr zentrumsnah liegt.

Darüber hinaus gibt es die Centa-Wulf-Schule, ein Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt Lernen, das ca. 25-30 SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf im Hause beschult und an allen anderen Schulen in Schwarzenbek für die integrative Beschulung zuständig ist.

Bei einem ersten Interviewtermin in Schwarzenbek waren der Jugendpfleger, der Straßensozialarbeiter und eine Mitarbeiterin von der Jugendwerkstatt des Internationalen Bundes anwesend.

Diese konnten berichten, dass es in Schwarzenbek in der Vergangenheit diverse Probleme mit **gewaltbereiten Jugendlichen** und Sachbeschädigungen gegeben hat. Zurzeit sind diese Aktivitäten aber deutlich zurückgegangen. Es gibt eine kleinere Gruppe von 5-6 Personen, die bereits etwas älter sind und klare rechte Überzeugungen vertreten.

Um sie herum existiert eine Gruppe von ca. 10-12 Jugendlichen, die rechtsoffen sind, jedoch bisher wenig auffällig waren.

Zu einem Flashmob im August 2009, der zum Todestag von Rudolf Hess angekündigt war, kamen gerade mal 4 Personen zusammen. Dieses zeigt auf, dass es keine feste Szene von rechtsextremistischen Personen gibt.

Hin und wieder werden Abzugsdelikte bekannt, und es kann eine hohe Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen festgestellt werden.

Bei einem zweiten Termin in Schwarzenbek waren neben dem Stadtjugendpfleger auch die Vorsitzenden des **Türkischen Kulturvereins** so wie ein Dutzend Jugendliche des Vereins anwesend. Gemeinsam machten sie deutlich, dass zwischen dem Kulturverein und dem Stadtjugendring eine sehr gute Zusammenarbeit besteht. Die Jugendlichen merkten lediglich an, dass sie in Schwarzenbek jugendgerechte Veranstaltungen vermissen würden. Zudem fühlten sich einige von ihnen aufgrund ihrer Herkunft von der Polizei in Schwarzenbek ungerecht behandelt.

In Schwarzenbek gibt es ein **Netzwerk gegen Gewalt**, welches sich vor allem infolge von Sachbeschädigungen und der festgestellten Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen gegründet hat. Mitglieder des Netzwerkes sind u. A. die Jugendpflege, der internationale Bund (IB), die Straßensozialarbeit, die Schulen, die Diakonie, der ASD, die Jugendgerichtshilfe und die Polizei.

Die Stadt hat einen **Jugendbeirat**, der je nach Besetzung eine stark wechselnde Aktivität aufweist. Zurzeit ist eine aktive Gruppe dort tätig, die jedoch von der Politik zum Teil überfordert, manchmal leider auch ignoriert wird. Es muss sich erst zeigen ob der Jugendbeirat auch langfristig zu einer Kontinuität finden wird. Im Moment zeichnet sich die Tendenz ab, dass der Jugendbeirat etwas Praktisches für Jugendliche anbieten möchte, z.B. ein Zeltfest oder Ähnliches.

Der zentral gelegene Schwarzenbeker **Jugendtreff** wird zurzeit sehr gut besucht, allerdings gibt es in der Schwarzenbeker Politik aktuell die Diskussion diesen zu verlegen, da das Grundstück an einen Investor verkauft werden soll. Ein Alternativstandort könnte dann die ehemalige Compeschule werden, die allerdings nicht so zentral gelegen ist wie der heutige Jugendtreff.

3.4. Lauenburg

Die Stadt Lauenburg hat 11.600 EinwohnerInnen, 1.016 davon sind AusländerInnen, was einem Anteil von ca. 8,5 % entspricht. Hinzu kommt eine nicht genau bekannte Zahl von osteuropäischen AussiedlerInnen, die in Lauenburg leben.

Fast 30 % der lauenburgischen Kinder leben in Bedarfsgemeinschaften, das sind in absoluten Zahlen über 650 Kinder.

Lauenburg hat die Albinus-Gemeinschaftsschule mit 700 SchülerInnen, die aus der Realschule, der Hauptschule und dem Förderzentrum Pestalozzischule entstanden ist. Sie ist die einzige gebundene Gemeinschaftsschule im Kreisgebiet.

Als Grundschule existiert die Weingartenschule in Lauenburg mit ca. 440 SchülerInnen, die feste Grundschulzeiten und auch ein offenes Ganztagsangebot hat.

Da es in Lauenburg keine Möglichkeit gibt Abitur zu machen, befinden sich die Freundeskreise der Abiturienten auch eher außerhalb von Lauenburg, und es findet nicht so eine starke Verwurzelung an den Ort statt.

Eine offene **rechte Szene** in Lauenburg gibt es nicht, eher aus dem Umland wird von Aktivitäten berichtet (siehe 3.14. Amt Lüttau). Die wenigen Personen aus der **Linken Szene** in Lauenburg sind momentan kaum aktiv.

Eine Zeitlang konnte auch eine extremistische Kurdenszene in Lauenburg beobachtet werden, die sich klar zu den Zielen der PKK bekannt hat, diese ist aber zurzeit auch nicht aktiv. Auch eine türkische rechte Gruppe („bozkurt“, Anhänger der Grauen Wölfe) gab es in der Vergangenheit, aber auch diese tritt im Moment nicht in Erscheinung.

Ansonsten kann gelegentlich Durchgangsverkehr von rechtsextremen jungen Menschen aus Boizenburg Richtung Geesthacht bzw. Hamburg beobachtet werden.

Das Potential für extremistische Tendenzen in Lauenburg ist als hoch einzuschätzen, da die sozialen Probleme im Alltag der Menschen stark präsent sind und sich jederzeit wieder stärkere extremistische Aktivitäten zeigen können.

Allgemein lässt sich feststellen, dass es in Lauenburg nur sehr wenige Ausbildungsmöglichkeiten gibt und sehr viele Ladenleerstände in der Innenstadt vorhanden sind.

In Lauenburg gibt es schon seit vielen Jahren die Situation, dass eine hohe Arbeitslosigkeit von bis zu 20 % vorherrscht. Des Weiteren gibt es im Stadtteil Mooring schon längere Zeit erhebliche **soziale Problemlagen**, die allerdings bereits in mehreren Projektinitiativen (s. u.) aufgegriffen wurden und somit in den letzten Jahren abgemildert werden konnten. Trotzdem wird von den Mitarbeitern des Nachbarschaftszentrums ToM über Hakenkreuzschmierereien auf dem Bus der Lauenburger Tafel, über fremdenfeindliche Äußerungen und von einem Übergriff auf einen Punk berichtet.

Im Jahre 2003 gab es zunächst das Projekt „Soziale Stadt“, bei dem es vor allem um eine Aufwertung und Belebung des Wohnumfeldes und der Wohnungen ging. Es wurde auch Infrastruktur geschaffen, indem der Nachbarschaftstreff ToM mit vielfältigen Angeboten für alle Generationen entstand.

Die Stadt Lauenburg hat seit 2007 einen **lokalen Aktionsplan** in Zusammenarbeit mit dem Amt Lüttau. Dort gibt es eine Vielzahl von Projekten zu den unterschiedlichsten Themen und Zielgruppen.

Zum Beispiel: Theaterprojekte, politische Berlinreise für jugendliche MigrantInnen, Vorlesen für Vorschulkinder, Kinder- und Jugendfreizeiten, Folkfestivals, Sportangebote für Kinder mit Behinderungen, Suchtpräventionen, Streitschlichterausbildungen, Türkeireisen für deutsche und türkische Jugendliche etc.

Lauenburg hat einen sehr aktiven **Ortsjugendring**, der jedes Jahr ein sehr umfangreiches Programm für Kinder und Jugendliche zusammenstellt und sich vor allem auch darum bemüht die Kinder von sozial schwachen Familien an den Angeboten teilhaben zu lassen. Der Ortsjugendring ist auch Mitglied im **Lauenburger Netzwerk gegen Kinderarmut, Ausgrenzung und soziale Ungleichheit**, dem auch die AWO, der Sozialverband Deutschland, die Lauenburger Tafel, Arbeitskreis „Offene Jugend- und Jugendsozialarbeit“, das Diakonische Werk und die Wirtschaftliche Vereinigung Lauenburg angehören.

Durch den eigenen lokalen Aktionsplan kann es für die Stadt Lauenburg im Rahmen des lokalen Aktionsplanes des Kreises keine Fördermittel geben.

Der lokale Aktionsplan Lauenburg/Amt Lüttau wird aber noch mit verringerten Fördermitteln in den nächsten drei Jahren fortgeführt werden.

3.5. Geesthacht

Geesthacht ist mit knapp 30.000 EinwohnerInnen die größte Stadt im Kreis Herzogtum Lauenburg und liegt ganz im Süden direkt an der Elbe.

In Geesthacht gibt es das Otto-Hahn- Gymnasium mit ca. 1000 SchülerInnen. Das Geesthachter Gymnasium versteht sich als Europaschule, welche den europäischen Gedanken in den Schulalltag integrieren möchte.

Daneben gibt es noch die Alfred-Nobel-Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe, die 1990 gegründet wurde und zurzeit ca. 800 SchülerInnen unterrichtet.

In der Oberstadt gibt es die Grund- und Gemeinschaftsschule Geesthacht Oberstadt, die aus der ehemaligen Realschule und der ehemaligen Grund- und Hauptschule hervorgegangen ist.

Durch ein Interview mit dem Straßensozialarbeiter, dem Mitarbeiter der mobilen aufsuchenden Jugendarbeit und der Leiterin des Jugendzentrums „Alter Bahnhof“ konnte die Situation in Geestacht zu weiten Teilen beleuchtet werden.

Es zeigte sich, dass es wohl eine **rechte Szene** in Geestacht gibt, diese aber strukturell wenig oder gar nicht organisiert ist. Wenn es Aktivitäten gibt, sind diese vor allem durch zugereiste Jugendliche aus Boizenburg getragen und werden von den heimischen Jugendlichen nur begleitet. Allerdings werden im Stadtteil Grünhof, wo wenig für Jugendliche angeboten wird, von der Antifa in Geesthacht rechte Aktivitäten beobachtet.

Der NPD Kreistagsabgeordnete, der in Geestacht seinen Wohnsitz hat, ist bisher offensichtlich nicht in der Lage größere Aktivitäten zu organisieren bzw. junge Leute an sich zu binden. Allerdings hat er eine Homepage, auf der er seine Ansichten und Aktivitäten im Kreistag verbreitet. Zum Beispiel wird dort von einer Flugblattaktion berichtet, die in Zusammenarbeit mit der Naso-Ib stattfand und die deutlich machen sollte, dass die politischen Ziele der NPD und der Naso-Ib gemeinsam getragen werden.

Die **linke Szene** ist sicherlich aus oben genanntem Grunde auch nicht sonderlich stark. Die aktiveren linksgerichteten Jugendlichen orientieren sich eher nach Bergedorf, wo es eine starke linke Szene gibt.

Das **Jugendzentrum „Alter Bahnhof“** wurde 1984 in Geesthacht als Jugendeinrichtung der Stadt Geesthacht eröffnet und 2009 und 2010 umfassend modernisiert.

Auf insgesamt 600 qm verteilen sich im ehemaligen Bahnhofsgebäude Saal, Tresenraum und Werkstatt im Erdgeschoss sowie Atelier, drei Büros, Küche und zwei Gruppenräume im Obergeschoss. Zusätzlich hat das Gebäude Sanitär-, Keller- und Lagerräume.

Im Außengelände gibt es eine Terrasse mit Streetballkorb und extra hohem Ballfangzaun und ein separates Kleinspielfeld von 10 x 20 m.

Die Spielflächen können auch außerhalb der Öffnungszeiten des Jugendzentrums von Kindern und Jugendlichen frei genutzt werden.

Das Jugendzentrum weist bisher nur eine geringe Besucherzahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf, die Gründe hierfür sind nicht näher untersucht worden. Bei Gesprächen mit Jugendlichen zeigte sich, dass in diesem Jugendzentrum nur deutsch gesprochen werden darf.

Neben dem Geesthachter Jugendzentrum gibt es noch das **Jugendhaus „Düne“**, welches an drei Tagen in der Woche geöffnet ist und auch Vereinen und Verbänden zur Nutzung offen steht.

Seit 2003 besteht das Begegnungs- und Kommunikationszentrum **„Treffpunkt Oberstadt“** in Trägerschaft der Stadt Geesthacht. Es wurde als Mehrgenerationenhaus geplant und gebaut. Dieses Haus bietet eine Mischung aus sozialen Angeboten, kulturellen Veranstaltungen und Bildungsangeboten. Zurzeit nutzen über 40 Vereine, Gruppen und Initiativen „ihr Haus“ für bürgerschaftliches Engagement, Kreativität, Begegnung und Selbsthilfe. Im offenen Treff mit Cafeteria kann man frühstücken oder Kaffee trinken und anderen Menschen begegnen.

3.6. Wentorf bei Hamburg

Wentorf hat ca. 12.000 Einwohner, davon haben 4,2 % einen migrantischen Hintergrund, sie kommen vorwiegend aus EU-Staaten.

Wentorf hat seit dem Abzug der Bundeswehr einen starken Wandlungsprozess erlebt. Auf dem ehemaligen Kasernengelände sind viele Wohnungen gebaut worden, aber auch Einkaufsmöglichkeiten entstanden.

Das Gymnasium in Wentorf ist mit 1150 SchülerInnen das größte im Kreisgebiet, es liegt zentrumsnah, aber trotzdem sehr schön im Grünen.

Weiterhin gibt es die Regionalschule, die aus der Realschule und der Hauptschule hervorgegangen ist und auch mitten im Zentrum angesiedelt ist.

Die Grundschule liegt genauso im Zentrum und beherbergt ca. 550 SchülerInnen.

Bei dem Interviewtermin mit dem Jugendpfleger, der Straßensozialarbeiterin und einer Mitarbeiterin aus der kirchlichen Jugendarbeit wurde festgestellt, dass es in Wentorf **keine aktiven rechten oder linken Szenen** gibt. Die Jugendpflege konnte nur von kleineren Auffälligkeiten berichten, wie vom einmaligen Verteilen von rechten Musik-CDs an einer Schule vor einigen Jahren. Da es sich aber nur um 2 Stück gehandelt hat, sah die Jugendpflege keinen Handlungsbedarf um darauf zu reagieren.

Auch die Straßensozialarbeit konnte nichts über rechte Strukturen berichten, stellte lediglich im Sprachgebrauch von Jugendlichen eine Veränderung fest, die sich in antisemitischen Äußerungen bzw. abfälligen Bemerkungen über gleichgeschlechtliche Partnerschaften zeigte. Außerdem waren Ausgrenzungstendenzen gegenüber einer kleinen Gruppe von Tschetschenen und Afghanen festzustellen.

In der **kirchlichen Jugendarbeit** sind vor allem Gymnasiasten aktiv. Es beteiligen sich dort kaum MigrantInnen. Die dort aktiven Jugendlichen haben selbst auch wenig Kontakt zu MigrantInnen.

Anders als zunächst angenommen, ist die Nähe zu Hamburg für die meisten Jugendlichen kein entscheidender Vorteil für die Freizeitgestaltung, da die Mobilität durch den Fahrpreis für Bus und Bahn eingeschränkt ist.

Das **Jugendzentrum „Prisma“** in Wentorf wird gut angenommen, die Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund sind hier gut integriert.

Seit dem das „Viva“ (Diskothek) in Wentorf vor einigen Jahren geschlossen wurde, gibt es in Wentorf für ältere Jugendliche kein geeignetes Angebot für die abendliche Freizeitgestaltung.

Eine immer wieder geäußerte Forderung von Kindern und Jugendlichen aus Wentorf ist die Anlage eines Bolzplatzes, der frei zugänglich ist. Es ließ sich bisher jedoch kein geeigneter Standort finden, alle Bemühungen in dieser Richtung sind an baurechtlichen Hürden gescheitert. Eine weitere Forderung ist ein fester Unterstand als Treffpunkt, bei dem die Jugendlichen auch bereit wären diesen selbst mit zu bauen.

Es gibt in Wentorf einen **„Runden Tisch Sicherheit“**, der sich vor allem mit häuslichen sicherheitsrelevanten Themen, wie Einbruchschutz etc. beschäftigt.

Allerdings ist daraus auch ein Gewaltpräventionsprojekt an der Grundschule in Zusammenarbeit mit „Pro familia“ entstanden, welches für 4. Klassen angeboten und gut angenommen wird.

Eine Gruppe von Jugendlichen konnte von der Straßensozialarbeit motiviert werden sich für ihre Interessen einzusetzen. Unter dem Motto „Raum für Begegnungen“ hat sich eine kleine Gruppe von Jugendlichen zusammengefunden, die sich mit Geschäftsleuten treffen wollen, um gemeinsam über etwaige Probleme wie z.B. Müll, Gewalt oder Alkoholkonsum in der Nähe von Läden zu diskutieren und an Lösungen zu arbeiten. Leider ist das Angebot von den Geschäftsleuten bisher nur sporadisch angenommen worden, aber es soll weitere Versuche geben diese Gespräche voranzubringen.

3.7. Amt Berkenthin

Das Amt Berkenthin besteht aus 11 Gemeinden mit etwa 8.300 EinwohnerInnen.

In Berkenthin gibt es eine Grund und Gemeinschaftsschule mit ca. 500 SchülerInnen, zusätzlich gibt es noch eine Außenstelle in Krummesse mit ca. 300 Schülern. Beide Standorte bieten offene Ganztagsangebote mit einer Betreuungszeit bis 16.00 Uhr an.

Weiterführende Schulen oder Förderschulen befinden sich in Ratzeburg, Lübeck oder Sandesneben.

Laut Aussage des Amtsvorstehers ist von Rechtsextremismus oder Linksextremismus im Amtsbereich nichts bekannt, auch Parolen-Schmierereien in dieser Richtung gibt es nicht, lediglich einige Jugendliche sind schon öfter aufgefallen, weil sie Sachbeschädigungen an Bushaltestellen oder anderen Einrichtungen vorgenommen haben.

3.8. Amt Sandesneben-Nusse

Das Amt Sandesneben-Nusse besteht aus 25 Gemeinden mit knapp 15.000 EinwohnerInnen.

Die schulische Versorgung hält in Nusse eine Grundschule vor, die zurzeit 230 SchülerInnen hat und die auslaufende Hauptschule mit 63 SchülerInnen.

Weiterhin gibt es eine Grund- und Gemeinschaftsschule in Sandesneben mit knapp 1000 SchülerInnen, in die auch das Förderzentrum integriert ist. Der Ausländeranteil in diesen Schulen ist nach Aussage der Elternbeiratsvorsitzenden sehr gering.

Auch umliegende Schulen im Kreis Stormarn sind für die SchülerInnen aus dem Amt Sandesneben besuchbar, z.B. in Bad Oldesloe oder Trittau.

Von Jugendlichen wurde angemerkt, dass es in Sandesneben und Umgebung an Freizeitaktivitäten und Aufenthaltsorten für Jugendliche fehlt. Es gibt in Nusse genauso wie in Sandesneben kein Jugendzentrum und auch sonst keine geeigneten Räume, wo Jugendliche sich treffen könnten. Das hat in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen geführt, wurde aber von den politischen Gremien bisher weitgehend vernachlässigt. Auch Vorstöße der Kreisjugendpflege hier Abhilfe zu schaffen sind im Sande verlaufen.

3.9. Amt Lauenburgische Seen

Im Amt Lauenburgische Seen gibt es 25 Gemeinden rund um Ratzeburg mit insgesamt ca. 13.000 EinwohnerInnen.

Das Amt wird schulisch versorgt durch die beiden Grundschulstandorte Sterley und Groß Grönu sowie durch die Schulangebote in der Stadt Ratzeburg. Weiterhin gibt es in Sterley noch ein Angebot einer privaten Montessori Grundschule, die aber auch von Kindern, die weiter weg wohnen, besucht wird.

Das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ wurde im Amtsausschuss kurz erläutert und ein Fragebogen, mit der Bitte um Rückgabe, an die Bürgermeister verteilt. Es gab nur einen geringen Rücklauf, in dem lediglich in der Gemeinde Kulpin von Schmierereien („Wir leben lieber ohne Ausländer“) am Brückenbauwerk im Zuge der B 208 berichtet wurde.

Eine weitere Rückmeldung kam vom Bürgermeister aus Brunsmark, der Interesse bekundet hat sich weiter am Bundesprogramm zu beteiligen und eventuell ein Projekt in Bezug zu unterschwelliger Ausländerfeindlichkeit zu installieren.

3.10 Amt Breitenfelde

Das Amt Breitenfelde besteht aus 11 Gemeinden mit insgesamt 6.200 EinwohnerInnen. Die Grundschule ist in Breitenfelde und hat ca. 220 SchülerInnen. Die ehemalige Hauptschule ist in die Gemeinschaftsschule von Mölln integriert worden. Alle weiterführenden Schulen sind entweder in Mölln, Ratzeburg oder in Schwarzenbek.

Wie die Bürgermeisterin von Breitenfelde mitteilte, gibt es durchaus auch Aktivitäten von **rechtsgerichteten Jugendlichen**. So waren SS- und Hakenkreuzschmierereien genauso feststellbar wie Aufkleber mit nazistischem Hintergrund. Eventuell hat es auch mal einen Treffpunkt in der Nähe von Breitenfelde gegeben, dieses konnte jedoch nicht sicher bestätigt werden. Auch in Woltersdorf und Hornbek gibt es einzelne Jugendliche mit rechtsextremer Gesinnung.

Die Gemeinde Breitenfelde hat in früheren Jahren versucht Jugendräume zu schaffen, die die Jugendlichen selbst verwalten sollten, diese sind dann aber jedes Mal aus unterschiedlichen Gründen nach kurzer Zeit wieder geschlossen worden.

Bis vor kurzem hatte das Amt Breitenfelde einen aktiven **Jugendamtsausschuss**, der sich für die Belange der Kinder und Jugendlichen im Amtsbereich eingesetzt hat. Dieser ist jedoch zurzeit nicht aktiv.

3.11. Amt Schwarzenbek Land

Das Amt Schwarzenbek Land besteht aus 19 Gemeinden und hat ca. 8.900 EinwohnerInnen.

Es gibt hier die Grundschule Kuddewörde, die ca. 180 SchülerInnen beherbergt.

In Kuddewörde gibt es auch einen Jugendtreff, der gemeindlich organisiert ist und nachmittags geöffnet hat. Das Amt beschäftigt jedoch keinen Jugendpfleger.

In Möhnsen gibt es einen engagierten Sportverein, der seit einem Jahr einen Austausch mit einer polnischen Stadt organisiert. Bei dem Austausch geht es neben Fußball auch um Begegnung und gemeinsames Erleben.

3.12. Amt Hohe Elbgeest

Das Amt Hohe Elbgeest hat 11 Gemeinden und ca. 18.438 EinwohnerInnen.

In Dassendorf gibt es eine kleine Grundschule mit 183 Kindern, alle anderen Schulen liegen in den größeren umliegenden Gemeinden oder Städten.

Im Amt Hohe Elbgeest gibt es **Jugendzentren** in Dassendorf, Hamwarde, Kröppelshagen, Escheburg und Börnsen. Diese haben (2 x wöchentlich) geöffnet. Vor allem sind die Jugendzentren in Dassendorf und Escheburg gut besucht (12-15 Jugendliche im Alter von 14-18 Jahren). Die Jugendlichen, die die Jugendzentren besuchen, kommen zum größten Teil aus sozial starken Familien ohne Migrationshintergrund. Der Jugendpfleger vom Amt Hohe Elbgeest sprach davon, dass man hier mehr Berührungspunkte mit Menschen anderer Herkunft schaffen sollte.

3.13. Amt Büchen

Das Amt Büchen besteht aus 15 Gemeinden mit ca. 13.500 EinwohnerInnen.

Das Amt hat 2 Grundschulen, eine in Büchen mit Außenstelle in Siebeneichen und ca. 460 SchülerInnen und eine in Müssen mit 130 SchülerInnen. Als weiterführende Schule gibt es die Gemeinschaftsschule Büchen, die fast 1.100 SchülerInnen hat und für die Zukunft auch die Möglichkeit für einen gymnasialen Abschluss anstrebt.

Rechtsextreme Aktivitäten sind in den letzten Jahren nicht besonders aufgefallen, lediglich einige Aufkleber an Laternenmasten in Bahnhofsnähe sind entdeckt worden.

Vor 5-6 Jahre gab es immer mal wieder Vorfälle bei den so genannten Waldhallenfesten, von solchen Aktivitäten ist aber in letzter Zeit nichts mehr berichtet worden.

Die Gemeinde Büchen hat ein **Jugendzentrum**, welches vom Jugendpfleger geleitet wird, allerdings ist die Jugendpflegerstelle zurzeit nicht besetzt, die Wiederbesetzungssperre ist aber bereits aufgehoben worden, und die Stelle soll nun ausgeschrieben werden.

Das Jugendzentrum ist daher zurzeit nur an drei Tagen in der Woche geöffnet. Es gibt auch eine Außenstelle des Jugendzentrums in Witzeze, die an zwei Tagen in der Woche geöffnet wird.

3.14. Amt Lüttau

Das Amt Lüttau besteht aus 10 Gemeinden mit knapp 4000 EinwohnerInnen. Es bildet mit der Stadt Lauenburg eine Verwaltungsgemeinschaft.

Im Amtsbereich gibt es noch eine Grundschule in Lüttau, die von ca. 170 SchülerInnen besucht wird. Die weiterführenden Schulen befinden sich in den Städten Lauenburg, Schwarzenbek oder Geesthacht.

Das Amt Lüttau gehört, genau wie die Stadt Lauenburg, durch den eigenen lokalen Aktionsplan, nicht zum Fördergebiet. Trotzdem sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass laut Aussage des Lauenburger Streetworkers die Akteure in der rechten Szene in Lauenburg eher aus den umliegenden Gemeinden des Amtes Lüttau stammen. Unter

anderem in Basedow und Lanze gibt es aktive Menschen in der rechten Szene. Dazu kommen latente Ausländerfeindlichkeiten im ländlichen Raum.

4. Konzepte und Maßnahmen

Bestehende Konzepte, die die Themenfelder Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit behandeln, gibt es im Kreisgebiet bereits. Einige Angebote davon sind kreisweit organisiert, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Angebote, die im Nordkreis angesiedelt sind schon aufgrund der Entfernung nur wenig von Menschen aus dem südlichen Kreisgebiet angenommen werden. Deshalb wird hier eine Trennung des Kreises nach Angeboten im Nordkreis und im Südkreis vorgenommen.

4.1. Angebote im Nordkreis

Die Angebote im Nordkreis fokussieren vor allem die beiden Städte Ratzeburg und Mölln. Im ländlichen Raum wird die Thematik eher weniger wahrgenommen, bzw. für nicht so wichtig erachtet. Außerdem ist die Zahl der ausländischen Mitbürger im ländlichen Raum wesentlich geringer als in den Städten, so dass einige Problemlagen des städtischen Raumes in den ländlichen Regionen kaum Relevanz haben.

4.1.1. Migrationssozialberatung

Das Diakonische Werk bietet Beratung und Begleitung für Zuwanderer, Ausländer und Spätaussiedler.

Die Beratungsstellen befinden sich in Ratzeburg und in Mölln.

Das Herkunftsland, der Aufenthaltsstatus und die bisherige Aufenthaltsdauer in Deutschland spielen dabei keine Rolle.

Um den Integrationsprozess zu fördern und zu unterstützen, beraten sie individuell durch folgende Angebote:

- Informationen zum deutschen Hilfesystem
- Unterstützung im Kontakt mit Behörden und Institutionen
- Vermittlung von Deutschkursen
- Allgemeine Lebensberatung und Hilfestellung...
- ... bei sozialen und familiären Schwierigkeiten
- ... bei Fragen zu Schule, Ausbildung und Beruf
- ... bei gesundheitlichen und finanziellen Problemen
- ... bei Wohn- und Mietangelegenheiten
- ... bei Status- und Rechtsfragen
- ... bei Fragen zur Rückführung und Weiterwanderung

Die Beratung ist kostenfrei. Die BeraterInnen unterliegen der Schweigepflicht.

Seit Mai 2008 haben das Diakonische Werk, die Arge und die Arbeiterwohlfahrt einen Kooperationsvertrag, in dem geregelt ist, wie die Betreuung von MigrantInnen am besten gewährleistet werden kann. Alle drei Partner waren sich bei der Vertragsunterzeichnung jedoch einig darüber, dass die Bedingungen, unter denen Migranten heute Hilfe angeboten wird, nicht als ideal bezeichnet werden können.

4.1.2. Jugendmigrationsdienst

Seit Januar 2010 gibt es im „Gleis 21“ in Ratzeburg den Jugendmigrationsdienst für den Kreis Herzogtum Lauenburg. Dieser wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Der Jugendmigrationsdienst befindet sich in der interkulturellen Begegnungsstätte und dem Jugendtreff „Gleis21“ in der Trägerschaft des Diakonischen Werkes Herzogtum Lauenburg.

Es folgt eine kurze Übersicht der Inhalte ihrer Arbeit:

- Begleitung, Beratung und Weiterleitung an andere Angebote
- Netzwerkarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Gruppenarbeit

Junge MigrantInnen im Alter von 12 – 27 Jahren, die Hilfe und Unterstützung benötigen, können sich an den Jugendmigrationsdienst wenden und werden in ihrem sprachlichen, schulischen, beruflichen und sozialen Integrationsprozess beraten und begleitet.

Zum Beispiel bei

- Behördengängen und Kontakten zu Institutionen
- Fragen zu Formularen
- Sprachschwierigkeiten
- Fragen nach Schule, Ausbildung und Beruf
- finanziellen Sorgen
- Lebens- und Rechtsfragen
- persönlichen und familiären Problemen
- der Orientierung in der neuen Umgebung
- alltäglichen Fragen, Problemen oder Krisen

Auch werden unterschiedliche Freizeit- und Sportangebote sowie kontinuierlich strukturierte themenspezifische und zum Teil geschlechtsspezifische Gruppenangebote angeboten. Mit dem Schwerpunkt, Chancengleichheit und Partizipation junger Migranten und Migrantinnen in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens zu fördern.

Darüber hinaus gibt es folgende Angebote:

- Unterstützung bei Hausaufgaben und bei Bewerbungen
- Interkulturelle Mutter-Kind-Gruppe
- Internationale Frauengruppe

- Aktionen und Events
- Projektarbeit

Der Jugendmigrationsdienst arbeitet sehr eng mit der Migrationsberatung des Diakonischen Werkes Herzogtum Lauenburg zusammen und ist regional und überregional gut vernetzt mit den unterschiedlichen unterstützenden Hilfsangeboten von unterschiedlichen Trägern, Institutionen und Einrichtungen sowie den Verwaltungen und Schulen.

4.2. Angebote im Südkreis

4.2.1. Migrationssozialberatung

Die Migrationssozialberatung der AWO in Geesthacht richtet sich an Neu- und Altzugewanderte mit Förderbedarf, z.B.

- bei Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit
- für Flüchtlinge und Asylbewerber
- bei mangelnden Sprachkenntnissen, ohne Schulabschluss etc.

Ziel der Migrationssozialberatung ist es den Integrationsprozess bei Neuzugewanderten gezielt zu initiieren, zu steuern und zu begleiten. Durch ein zeitlich befristetes (maximal dreijähriges), bedarfsorientiertes, individuelles, migrationsspezifisches Sozialberatungsangebot mit einer Fokussierung auf die "Integrationsförderung" soll ein qualitativer Beitrag dazu geleistet werden, die Neuzugewanderten zu selbständigem Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens zu befähigen. Migrantinnen und Migranten mit festgestelltem Förderbedarf werden bei ihrem Integrationsprozess mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben in Deutschland beraten und begleitet.

Zielgruppen

- SpätaussiedlerInnen, deren Ehepartner und Abkömmlinge i. S. des BVFG über 27 Jahre sind
- Neuzuwanderer über 27 Jahre, die sich dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten, i. S. § 44 AufenthG, bis zu drei Jahre nach Einreise bzw. Erlangung des auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus
- Bereits im Bundesgebiet länger lebende Zuwanderinnen und Zuwanderer, älter als 27 Jahre, in Krisensituationen. Sie können entsprechend der Regelung zur Sprachförderung im Rahmen der Integrationskurse in einem gewissen Umfang in die Beratung einbezogen werden (§ 44 a Abs. 1 Ziffer 2 AufenthG)
- Migrantinnen und Migranten mit Förderbedarf (z.B. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, ältere Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber), sofern dafür freie Kapazitäten verfügbar sind.

Wie bereits in Kapitel 4.1.1. beschrieben, ist die AWO Kooperationspartner der Arge und des Diakonischen Werkes zur Verbesserung der Betreuung von Zuwanderern.

4.3. Kreisweite Angebote

4.3.1. Straßensozialarbeit im Kreis Herzogtum Lauenburg

Durch den Brandanschlag am 23.11.1992 in Mölln, dem drei türkische Frauen zum Opfer fielen, stellte sich für den Kreis Herzogtum Lauenburg in besonderer Weise die Frage nach Handlungsmöglichkeiten gegen derartige gewalttätige und extremistische Tendenzen.

Die Kreisgremien haben diese Frage intensiv behandelt.

Neben den allgemeinen präventiven Ansätzen, wie sie durch den von der Kreisverwaltung 1993 initiierten Arbeitskreis „(Rechts-) Extremismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ diskutiert und zusammengefasst wurden, stellte die unmittelbare soziale Arbeit mit Problemjugendlichen, deren Gewaltbereitschaft ständig gegeben ist, eine besondere Handlungsnotwendigkeit dar. Diese wurde im Rahmen eines Modellprojektes der aufsuchenden Straßensozialarbeit (Streetwork) durch die Kreisverwaltung aufgegriffen.

Das Land Schleswig-Holstein hatte Mitte 1993 im Sozialministerium einen solchen Arbeitsansatz zur Durchführung an drei Orten in Schleswig-Holstein vorgeschlagen und eine Mitfinanzierung in Aussicht gestellt.

Auf Vorschlag des Jugendhilfeausschusses hat der Kreisausschuss am 20.09.93 beschlossen einen entsprechenden Antrag zur Beteiligung an dem „Landesmodellprojekt Straßensozialarbeit“ zu stellen.

Auf dieser Grundlage begann 1994 der erste Streetworker mit seiner Arbeit, vorerst in Mölln, mit der Besetzung der zweiten Planstelle wurde kurz darauf Geesthacht zum weiteren Einsatzort für Straßensozialarbeit.

Hierbei beteiligte sich das Land Schleswig-Holstein zu 70 % an der Finanzierung, während der verbleibende Anteil über den Kreishaushalt gedeckt wurde.

Nach Ablauf des, auf drei Jahre begrenzt geförderten, Straßensozialarbeitsprojektes wurde die Stelle in Mölln fortgesetzt. Der Kreistag hat Ende 1997 die Fortführung der Straßensozialarbeit, wieder befristet auf drei Jahre, beschlossen. In diesem Zuge wurden weitere zwei halbe Planstellen bewilligt, die zum einen für die Stadt Schwarzenbek und zum anderen für Straßensozialarbeit im ländlichen Bereich ausgewiesen wurden.

Nach Ablauf dieser zweiten Befristung wurde eine Fortsetzung bis Ende 2005 beschlossen.

In den Jahren 2004 und 2005 wurde eine Vertragsgrundlage geschaffen, auf deren Grundlage die Straßensozialarbeit nun, seit dem 01.01.2006, in Trägerschaft des Kreises unbefristet fortgeführt werden kann. Die Städte Mölln, Geesthacht und Schwarzenbek haben sich vertraglich für jeweils 5 Jahre gebunden Straßensozialarbeit fortzuführen. Darüber hinaus beschloss der Kreistag die Einrichtung einer weiteren Straßensozialarbeitsstelle in Lauenburg und in Wentorf bei Hamburg.

4.3.2. Kindertagesstätten

Die Versorgung mit Kindertagesstätten ist im Kreisgebiet für Kinder ab 3 Jahren mit einem Versorgungsgrad von über 80 % im ländlichen Raum und 90 % in den Städten entsprechend dem Kindertagesstättenbedarfsplan von 2008 in den meisten Gebieten bereits erfüllt, bzw. überschritten.

Bei den Kinderkrippen hat der Bund einen Versorgungsgrad von 35% bis zum Jahr 2013 beschlossen, die Ausgangslage für den Kreis war allerdings bei der Krippenbetreuung für Unter-3-jährige sehr schlecht, so dass der Kreis einen starken Nachholbedarf in diesem Bereich hatte. In den meisten Gebieten konnten jedoch in den vergangenen Jahren Krippenplätze geschaffen werden, so dass das Planungsziel in manchen Bereichen bereits erreicht werden konnte, allerdings gerade im ländlichen Raum noch erheblicher Nachholbedarf besteht.

In Bezug auf Kinder mit Migrationshintergrund, bzw. vor allem in Bezug auf muslimische Kinder würde man vermuten, dass diese eher nicht in Einrichtungen kommen würden, die von den Kirchen als Träger betrieben werden. Doch der Geschäftsführer des Diakonischen Werkes berichtete, dass die Zahl der Kinder mit anderem religiösen Hintergrund (also nicht evangelisch) in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. Offenbar spielt dabei vor allem eine Rolle, dass die Eltern Wert darauf legen, dass ihre Kinder mit Gott und dem Glauben in Verbindung kommen und weniger welche Religion dort gelebt wird. Zugangsbarrieren, wie zum Beispiel das Schweinefleisch zum Mittagessen, können dabei leicht berücksichtigt werden.

4.4. Jugendverbände

Die nicht parteipolitisch organisierten Jugendverbände im Kreis Herzogtum Lauenburg sind unter dem Dach des Kreisjugendrings Herzogtum Lauenburg (KJR) zusammengeschlossen.

Folgende kreisweit organisierte Jugendverbände sind Mitglied im KJR:

- Sportjugend im Kreissportverband Herzogtum Lauenburg
- Evangelische Jugend
- Bund der Kath. Jugend
- DLRG Kreis Hzgt. Lauenburg
- Jugendfeuerwehren im Kreis Hzgt. Lauenburg
- Kreislandjugendverband Hzgt. Lauenburg
- Jugendrotkreuz im DRK Hzgt. Lauenburg
- Kreisjugendwerk der AWO
- Arbeitersamariterjugend
- Deutscher Pfadfinderbund Mosaik
- Deutsche Beamtenbundjugend
- Johanniter Unfall Hilfe

Zusätzlich sind die örtlichen Jugendringe im KJR organisiert:

- Ortsjugendring Wentorf b. Hamburg
- Ortsjugendring Lauenburg / Elbe

- Ortsjugendring Ratzeburg
- Ortsjugendring Mölln
- Stadtjugendring Geesthacht
- Stadtjugendring Schwarzenbek
- Jugendring Sachsenwald / Aumühle

Bei einer telefonischen Umfrage in den Verbänden stellte sich heraus, dass kein Verband konkrete Zahlen über Mitglieder mit Migrationshintergrund hat.

Bei fast allen Jugendverbänden im Kreis Herzogtum Lauenburg wird die Zahl der Mitglieder, die einen Migrationshintergrund haben, als eher gering eingeschätzt. Auch Seminare und Lehrgänge oder Kinderfreizeiten sind wenig oder gar nicht von Kindern oder Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien besucht worden. Dies gilt auch für die Veranstaltungen des KJR.

Der Kreisjugendring hat sich jedoch seit einiger Zeit bereits mit dieser Problematik beschäftigt und möchte in der Zukunft eine interkulturelle Öffnung des KJR erreichen.

Dabei soll diese Öffnung auf mehreren Ebenen stattfinden.

Zum einen sollen Zugangsbarrieren für Kinder aus Migrantenfamilien abgebaut werden um diese vermehrt in die eigenen Maßnahmen zu integrieren, zum anderen sollen die internen Strukturen so verändert werden, dass sich MigrantInnen in den Gremien des KJR zuhause fühlen. Weiterhin soll der KJR als Dachverband aktiv auf Vereine und Organisationen von jungen MigrantInnen zugehen, um diese zu unterstützen, mit ihnen zu kooperieren und sie gegebenenfalls als Mitglied in den KJR aufzunehmen.

So ist man unter anderem mit der Alevitischen Jugend in Geesthacht in Verbindung getreten, und der Verein hat bereits Interesse gezeigt auch Mitglied des KJR zu werden.

Dabei sollen die Mitgliedsverbände in diesen Prozess mit einbezogen werden, damit diese einen ähnlichen Weg gehen können.

Beteiligungsprojekte

„Das STADT-SPIEL – Kinder gestalten ihre Welt“ ist eine Kooperationsveranstaltung des Kreisjugendrings Herzogtum Lauenburg e.V. und der Stadtjugendpflege Mölln.

Dieses Beteiligungsprojekt wurde erstmalig 1999 durchgeführt und seitdem im zweijährigen Turnus realisiert, in jedem Jahr mit teilweise unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten. Das Projekt hat sich mittlerweile im Kreis Herzogtum Lauenburg fest etabliert und ist weit über die Kreisgrenzen hinaus bekannt. 2008 wurde das „STADT-SPIEL“ mit dem Bürgerpreis des Landes Schleswig-Holstein und darüber hinaus mit dem Nationalen Bürgerpreis ausgezeichnet. Seit 2005 nehmen auch polnische Kinder mit ihren Betreuerinnen aus dem Partnerkreis Slupsk teil. Ein besonderer Höhepunkt des „STADT-SPIELS“ 2007 war die Unterzeichnung der Städtepartnerschaftsurkunde durch den Tillhausener und den Möllner Bürgermeister in Anwesenheit der Tillhausener und der Möllner Stadtvertreter, wodurch die Städtepartnerschaft zwischen Mölln und Tillhausen offiziell besiegelt wurde.

Beim „STADT-SPIEL“ leben 300 Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 14 Jahren zehn Tage lang mit ihren BetreuerInnen in der von ihnen selbst verwalteten Zeltstadt „Tillhausen“.

Zweimal täglich arbeiten die Kinder jeweils zwei Stunden in verschiedenen, vom Arbeitsamt vergebenen Jobs und verdienen sich ihre „Till Taler“, die stadteigene Währung. Die Auswahl an Berufen ist groß: Ob als Parlamentarier, bei Radio, Zeitung oder Fernsehen, als Profi-SportlerIn, ArtistIn, MusikerIn, HandwerkerIn, bei der Bank, der Post, der Stadtreinigung, im Reisebüro, in der Cafeteria, der Kirche oder als Selbständiger, alle verdienen den gleichen Lohn.

Der Arbeitsplatz Politik zeigt exemplarisch die Ausgestaltung der Zielsetzung „Beteiligung und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen“.

Aus allen Zeltgruppen werden am ersten Tag VertreterInnen gewählt, die die Stadtvertretung bilden und täglich in der Arbeitszeit tagen um über Verbesserungsvorschläge, Wünsche und Kritik der StadtbewohnerInnen zu beraten, bzw. Beschlüsse zu fassen und diese dem Organisationsteam vorzutragen. Aus der Mitte der StadtvertreterInnen wird am fünften Tag nach einem „heißen“ Wahlkampf der/die BürgermeisterIn gewählt. Die Stadtvertretung nimmt ihre Aufgaben sehr ernst und sorgt für das Wohlbefinden ihrer BürgerInnen. Durch die Arbeit im Stadtparlament werden demokratische Prozesse eines Gemeinwesens für Kinder und Jugendliche begreifbar und erlebbar gemacht.

Der Verdienst kann in einem geschlossenen Wirtschaftskreislauf für stadintern produzierte Waren und angebotene Dienstleistungen wieder ausgegeben werden.

Durch dieses Beteiligungsprojekt werden den Kindern auf eine für sie angemessene Art gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge transparent und erlebbar gemacht. Ihr Engagement und ihre soziale Kompetenz werden gesteigert, ihr Demokratieverständnis wächst und ihre Kenntnisse verschiedener Berufsbilder und wirtschaftlicher Strukturen werden vertieft.

Ca. 120 ehrenamtliche und ca. 15 hauptamtliche MitarbeiterInnen werden in das Projekt eingebunden, wodurch auch die Kooperation in der Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Herzogtum Lauenburg gestärkt wird.

Anliegen des Kreisjugendrings ist es, das Angebot an Freizeitmaßnahmen im ländlichen Raum durch dieses außergewöhnliche Projekt zu bereichern. Auch Kindern aus Familien mit besonderen Problemen bietet der Kreisjugendring diese innovative, integrative und demokratiefördernde Ferienmaßnahme an.

Als Dachverband verschiedener Vereine und Verbände schafft der Kreisjugendring den Gesamtrahmen und installiert durch die Einbindung aller Vereine und Verbände ein Netzwerk für die Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Herzogtum Lauenburg

4.5. Politische Jugendorganisationen

Die politischen Jugendorganisationen sind im „Ring politischer Jugend“ organisiert.

Diese Vereinigung der politischen Jugendverbände ist schon seit vielen Jahren sehr schwach aufgestellt und schafft es nicht mit einer Stimme die eigenen Interessen zu

vertreten. Selbst die vom Kreis bereitgestellten Geldmittel für deren Arbeit sind in den vergangenen Jahren oft nicht ausgeschöpft worden.

Ein Vertreter der politischen Jugendorganisationen hat sich bei der Auftaktveranstaltung bereiterklärt die Themen des Bundesprogramms aufzugreifen und den Versuch zu starten durch diese gemeinsame Themengrundlage eine Wiederbelebung des Rings politischer Jugend zu erreichen.

4.6. Netzwerke

Ratzeburg: „Netzwerk gegen Rechts“

Schwarzenbek: „Netzwerk gegen Gewalt“

Mölln: Das „Netzwerk gegen Rechts“, was sich in Mölln gegründet hatte, konnte keine Kontinuität aufweisen und wurde wieder eingestellt, kann aber anhand der e-mail-Adressen, die vorhanden sind, bei Bedarf jederzeit wieder aktiviert werden.

Wentorf: „Netzwerk für Sicherheit“

Beschreibung der Netzwerke in den jeweiligen Kapiteln des Abschnitts 3. **Situation vor Ort**

5. Auswertung

Aufgrund der in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Situation lässt sich feststellen, dass es im Kreisgebiet in vielerlei Hinsicht ein **Nord-Süd-Gefälle** gibt.

Die bekannten Aktivitäten der rechten Szene sind im nördlichen Kreisgebiet deutlich stärker ausgeprägt als in den südlichen Gebieten. Nach den vorliegenden Informationen gibt es im Südkreis keine offene rechte Szene, lediglich in Lauenburg und direkter Umgebung werden vereinzelte Aktivitäten festgestellt. Im Nordkreis sind in Ratzeburg und Mölln jedoch sehr auffällige rechte Strukturen zu beobachten. Analog dazu sind auch die Initiativen, die sich auf Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus beziehen im Nordkreis deutlicher ausgeprägt als im Südkreis.

Hier sollte für den LAP auf jeden Fall ein Handlungsansatz gefunden werden, der sich mit dieser Thematik intensiv auseinandersetzt.

Eine Schwierigkeit bei der Erarbeitung dieser Analyse war, dass manche Problemlagen zwar im Gespräch benannt wurden, aber im Nachhinein entweder relativiert oder sogar ganz zurückgenommen wurden. Das geschah manchmal mit dem Hinweis, dass die Problematik auf örtlicher Ebene intern geregelt werden würde. Aber gerade dieses „**Todschweigen**“ von Problemen sollte aufgegriffen und problematisiert werden. Nur durch einen offenen Umgang mit Problemstellungen können diese auch gelöst werden.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die Wahrnehmung von extremistischen Aktivitäten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Wie in vielen anderen Bereichen auch, ist hier das Phänomen zu beobachten, „was man nicht kennt, sieht man auch nicht“. So sind zum Beispiel das Bekleben von Laternenpfählen mit rechtsextremistischen Symbolen oder das Tragen von Kleidung von Thor Steiner eindeutige Zeichen von rechtsextremistischer Gesinnung, werden aber oft nur von Menschen wahrgenommen, die sich damit bereits vorher beschäftigt haben. Anderen Menschen fallen solche Symbole häufig gar nicht auf.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass im **ländlichen Raum** die extremistischen Tendenzen wenig offen zu Tage treten, jedoch nicht selten eine unterschwellige Ausländerfeindlichkeit vorhanden ist. Dieses Phänomen, dass in Gebieten, in denen es nur wenige Ausländer gibt, die Ausländerfeindlichkeit besonders ausgeprägt ist, wird auch in den ostdeutschen Gebieten häufig beschrieben.

Meistens wurde im ländlichen Raum der Mangel an Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche beschrieben, die dort gerade in den kleineren Orten oft nur auf den Sportverein, die Feuerwehr oder eventuell die Landjugend oder kirchliche Jugendarbeit angewiesen sind. Eine nicht vereinsgebundene offene Jugendarbeit ist dort in der Regel nicht vorhanden.

Auch im städtischen Bereich ist nicht selten der Vorwurf geäußert worden, dass für Jugendliche zu **wenig Angebote und Räume** vorhanden sind, in den Aktivitäten möglich sind. Zum Teil ist dieses sicherlich auf Unwissenheit über die vorhandenen Angebote zurückzuführen, aber es muss auch in den Blick genommen werden, dass die Hemmschwellen für den Zugang zu Angeboten möglichst klein gehalten werden sollten, und das offene „Aufeinander zugehen“ in manchen Einrichtungen und Vereinen noch nicht stark genug ausgeprägt ist.

Das Themenfeld **Integration** kann sicherlich noch intensiver bearbeitet werden. Immer wieder konnte festgestellt werden, dass auf beiden Seiten, also sowohl bei den MigrantInnen als auch bei den Einheimischen, erhebliche Wissensdefizite übereinander vorhanden waren. Offensichtlich erreichen die bereits vorhandenen Bemühungen des „sich besser Kennenlernens“ nur kleine Teile der Bevölkerung, so dass insgesamt eine weit verbreitete Beurteilung des Anderen über Vorurteile vorgenommen wird. Inwieweit hier über den Lokalen Aktionsplan eine Veränderung geschaffen werden kann, ist an dieser Stelle schwer zu beurteilen. Nicht selten konnte festgestellt werden, dass der Wille der einheimischen Bevölkerung zur Integration der Zuwanderer nicht wirklich erkennbar war.

Sätze wie: „Dann sollen die sich doch mal bemühen sich hier bei uns zu integrieren“ sind keine Seltenheit bei den Gesprächen gewesen. Auf einer Vortragsveranstaltung in Mölln im Rahmen des Gedenktages anlässlich der Brandanschläge brachte ein türkischer Teilnehmer aus Hamburg diese verbreitete Meinung mit dem Satz auf den Punkt: „Das mit der Integration ist hier wie mit einer unglücklichen Liebe. Wir bemühen uns es immer alles gut zu machen, strengen uns an, passen uns an, aber das Land liebt uns trotzdem nicht“.

6. Handlungsfelder / Projektideen

Während der Befragungen kamen bereits sehr anregende Ideen auf. Einige sollen in diesem Zusammenhang kurz vorgestellt werden:

- **Willkommensmanagement / Willkommensbroschüre**
Die Idee dabei ist, dass das Ankommen von Migrantenfamilien in Deutschland erleichtert wird.
Wenn eine Familie nach Deutschland kommt, soll es eine Person (incl. eventuell einem Dolmetscher) geben, die diese Familie besucht und sie bei den notwendigen Behördengängen unterstützt. Dabei sollten diverse Dinge ins Blickfeld genommen werden, z.B. Aufenthaltsstatus, Anerkennung von Abschlüssen, Auswahl der richtigen Sprachkurse, Vermittlung der richtigen Schule für die Kinder, Kontakt zu Vereinen, die die Interessen der Zuwanderer aufnehmen, etc.
Damit könnte von vorherein eine andere Atmosphäre zwischen Zuwanderern und heimischer Bevölkerung geschaffen werden, weil nicht zuerst die Sprachschwierigkeiten in Zusammenhang mit irgendwelchen Formularen im Mittelpunkt stehen, sondern auch das menschliche mehr in den Vordergrund rücken kann.
Solch ein Willkommensmanagement wäre auch in kleineren Strukturen wie Vereinen möglich.
- **Vereinssatzungen überprüfen auf Konformität zu interkulturellem Handeln.**
Welche Zugangshindernisse gibt es in der Vereinssatzung, die den Zugang von MigrantInnen verhindern könnten. Mögliche Bereiche wären z.B. die Beitragsgestaltung.
- Auch wenn im Südkreis kein offener Rechtsextremismus in Erscheinung tritt, so sehen wir es doch als wichtiges Projekt an, die vorhandenen versteckten ausländerfeindlichen Aktivitäten zu offenbaren. So wird die Idee des Bürgermeisters aus Brunsmark als positiv aufgegriffen und ein Projekt mit Bezug auf unterschwellige Ausländerfeindlichkeit als notwendig empfunden.
- Auch der verstärkte Einbezug von Menschen mit migrantischem Hintergrund in Gremien und Jugendverbänden ist unseres Erachtens ein wichtiges Projekt, dass im Kreis Herzogtum Lauenburg umgesetzt werden sollte.
- **Frauenbild im Islam versus Frauenbild bei uns in Gegenwart und Vergangenheit**
Gab es bei uns nicht auch mal die Zwangsehe?
Seit wann dürfen Frauen wählen?
Früher musste eine Frau ihren Mann fragen, ob sie arbeiten gehen darf.
- **Anerkennung von Türkisch als 1. oder 2. Fremdsprache in der Schule**
- **Muslimischer Religionsunterricht analog dem evangelischen Religionsunterricht**

Des Weiteren kamen während der Gespräche auch schon konkrete Vorschläge von den Befragten. Einige sollen hier vorgestellt werden:

Die Alevitische Jugend in Geesthacht hat folgende Vorschläge gemacht:

- Der Verein würde gerne eine Reise nach Sivas organisieren – dort wurden 1993 bei einem alevitischen Kulturfestival durch einen progromartigen Brandanschlag 35 Menschen getötet. Die Anwesenden beschrieben, dass die Situation unter Jugendlichen weiterhin verschärft wäre. Es herrschen immer noch starke Vorurteile gegenüber den Aleviten. Sie fühlen sich als solche diskriminiert. Mit einem „Kulturaustausch“ – wie sie es nannten, könnte den Vorurteilen entgegen gewirkt werden. Bei der Reise sollen sunnitische, schiitische, christliche, alevitische, atheistische etc. Jugendliche aus dem Kreis gemeinsam in den Ort fahren und die alevitische Kultur kennen lernen. Durch die gemeinsame Reise und die Erlebnisse so wie das Kennenlernen der alevitischen Kultur sollen Vorurteile abgebaut werden.

Der Türkische Kulturverein in Schwarzenbek sowie der Sultan-Fatih-Moscheeverein aus Mölln haben bereits folgende konkrete Projektideen:

- Sie möchten gerne mit deutschen und türkischen Jugendlichen aus dem Kreis eine Berlinfahrt mit politischen Schwerpunktthemen wie Holocaust und Bundestagsbesichtigung organisieren. Und darüber hinaus die neue Moschee in Köln besuchen.
- Zudem würden sie gerne türkische und islamische Kultur- und Feiertage in Schwarzenbek größer gestalten und mehr Leute damit ansprechen, und es soll Tage der offenen Tür geben, bei denen der muslimische Glaube in all seinen Facetten dargestellt werden soll.
- In Mölln soll in Zusammenarbeit mit Radio RZ1 einmal im Monat eine Koranstunde abgehalten werden.

Auch der Stadtjugendring in Schwarzenbek bzw. der Stadtjugendpfleger hatte bereits konkrete Vorstellungen für Projekte, diese werden auch in Kooperation mit dem Türkischen Kulturverein stattfinden:

- Stadteilfest Grover Weg (Nachbarschaft fördern und beleben, verschiedene Generationen ansprechen durch Konzerte und unterschiedliche Kulturveranstaltungen)
- Kulturabend „Vielfalt tut Gut“
- Black Town Stage Project (Workshops zu Hip-Hop, Rap und Tanz)
- Festival “Rock gegen Rechts”

Quellenverzeichnis:

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und nach regionaler Gliederung, Region Herzogtum Lauenburg, Oktober 2010

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein Hrsg, Verfassungsschutzbericht 2009, Mai 2010.

Kreis Herzogtum Lauenburg, <http://www.herzogtum-lauenburg.de>, Wahlergebnisse, Mai 2008.

Landeskriminalamt Kiel, Abteilung 3, SG 311, 19.5.2010

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, <http://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/statistische-berichte/bevoelkerung-und-gebiet/?type=tkmtdooqrngwz> , 15.7.2010

Impressum:

Dezember 2010

Kreisjugendring Herzogtum Lauenburg e.V.
Schmilauer Straße 66
23879 Mölln

Telefon: 04542-843784

Telefax: 04542843786

Autoren:

Eric Janssen

Corinna Maschke